

Unverkäufliche Leseprobe

C.H.BECK GESCHICHTE EUROPAS

Andreas Wirsching
**Demokratie
und Globalisierung**
Europa seit 1989



Andreas Wirsching
Demokratie und Globalisierung
Europa seit 1989

248 Seiten mit 4 Karten. Broschiert
ISBN: 978-3-406-66699-5

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/13657017>

Einleitung

/S/ *rebrenica, 11. Juli 1995*: Bosnische Serben dringen in die von UN-Truppen besetzte «Schutzzone» im bosnischen Srebrenica ein und verüben ein Massaker, das Europa mit Grauen erfüllt. Fast 8000 bosnische Jungen und Männer fallen ihm zum Opfer. Es handelt sich um das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Singapur, Ende Februar 1995: Der britische Investment-Banker Nick Leeson gerät an den fernöstlichen Wertpapierbörsen in Schwierigkeiten. Seit Jahren hat er hinter dem Rücken seines Arbeitgebers, der britischen Barings Bank, auf eigene Rechnung, aber mit fremdem Kapital spekuliert. Nach einer Serie von Rückschlägen steigt der von ihm akkumulierte Verlust auf ca. 619 Millionen britische Pfund. Die illegalen Machenschaften lassen sich nicht mehr verheimlichen, und Barings, die älteste Privatbank Europas, gegründet 1762, ist pleite – von einem einzigen ihrer leitenden Angestellten in den Ruin getrieben.

Athen, 10. April 2014: Griechenland kehrt wieder an den internationalen Anleihenmarkt zurück, nachdem es dem Staatsbankrott nur durch jahrelange Milliardenhilfen aus der Euro-Zone entgangen ist. Die griechische Regierung ist in der Lage, Staatsanleihen im Wert von ca. drei Milliarden Euro zu einem Zinssatz von 4,75 Prozent zu begeben. Da die Nachfrage nach griechischen Papieren weitaus höher ist, bleibt auch der Zinssatz unter den eigentlich erwarteten 5,0–5,25 Prozent. Ist Griechenland nun gerettet, die Euro-Krise überwunden? Hierüber scheiden sich die Geister in Politik und Öffentlichkeit, auch wenn die meisten darin einen Erfolg für die finanzpolitische Stabilisierungsstrategie der Europäer erkennen.

Odessa, 2. Mai 2014: Eine Auseinandersetzung zwischen pro-russischen Separatisten und ukrainischen Nationalisten eskaliert; die Polizei greift nicht oder nur zögerlich ein, vier Tote bleiben zurück. Pro-ukrainische Demonstranten attackieren daraufhin ein Zeltlager der Separatisten, von denen eine Vielzahl in ein nahes Gewerkschaftsgebäude flüchtet. Das Haus wird belagert, und mehr als 30 Menschen müssen sterben, als es in Brand gesteckt wird. Insgesamt zählt man an diesem Tag 48 Tote in Odessa, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Es bleibt unklar, wer welche Schuld trägt, aber die Gewalt schürt den Hass. Schon ist die Rede von einem «Genozid», während die Ukrainer umgekehrt dem russischen Geheimdienst Provokationen vorwerfen.

Die vier Episoden symbolisieren die Spannweite der jüngsten europäischen Geschichte: Der Kontinent ist abhängig geworden von den Finanzmärkten, auf denen sich hypermoderne Transaktionen vollziehen, möglich geworden nur auf der Basis fortgeschrittener Informationstechnologie – Betrug und Wirtschaftskriminalität inklusive. Zugleich aber lauern gleichsam dunkle Kräfte der Vergangenheit: imperiale Versuchungen und nationalistische Rückfälle, ethnisch-kulturell angetriebener Hass, Gewalt und Blutvergießen. Tatsächlich gehört all dies zur europäischen Gegenwart. Staat und Nation, Gewalt und Kommunikation, Wirtschaft und Kapital, Globalisierung und regionale Identität sind wichtige Leitmotive. Und sie treiben die Paradoxien der jüngsten Entwicklung an: fortschreitende Einheit bei fortbestehender Vielfalt, ja sogar gesteigerter kultureller Differenzierung. Europas jüngste Geschichte bewegt sich innerhalb dieses dialektisch zu verstehenden Spannungsfeldes, das den Rahmen für die folgende Darstellung abgibt.

Trotz aller fortbestehenden Unterschiede ist die europäische Geschichte aber doch von einem mächtigen historischen Trend zur Konvergenz geprägt. Das gemeinsame Europa speist sich aus wachsender Angleichung und steigenden Ähnlichkeiten, immer engeren Verflechtungen und gemeinsamen Erfahrungsschätzen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Krisen mag eine solche Auffassung überraschen. Aber man sollte Angleichung und Konvergenz nicht als

linearen, sondern vielmehr als dialektischen, ja paradoxen Prozess begreifen. Denn die in den letzten Jahrzehnten unbestreitbar nachzuweisende europäische Konvergenz erzeugt regelmäßig aus sich selbst heraus gegenläufige Tendenzen; und ebenso regelmäßig wird sie durch Krisendiskurse infrage gestellt. Die Vorstellung vom Aufbau, von der weiteren Integration und Konvergenz Europas ist mithin immer schon durch die gegenläufige Diagnose seines Auseinanderdriftens, seiner Divergenzen, ja Fragmentierung gekennzeichnet und durch die Drohung seines Rückfalls in die Zeit nationaler Egoismen oder sogar in offene Gewalt. Objektive Prozesse wie die Überschuldung Griechenlands und anderer europäischer Staaten werden regelmäßig von einem solchen Krisenszenario begleitet. Mithin besteht eine strukturelle Gleichzeitigkeit zwischen dem unbestreitbaren Trend zur europäischen Konvergenz und den sie in Frage stellenden Gegenkräften.

Keineswegs ist solche Gleichzeitigkeit von Konvergenz und Krise neu in der europäischen Geschichte. Vielmehr steht sie in der Logik einer Pfadabhängigkeit, in der Probleme nur mit den bereits bekannten, schon einmal eingesetzten Werkzeugen gelöst werden können. Vom einmal eingeschlagenen Pfad abzuweichen, ist dagegen angesichts der Folgekosten und des erheblichen Legitimitätsverlustes grundsätzlich nicht mehr möglich. Zwischen der zukunftsgerichteten Vorstellung von Europa, dem gleichzeitig konstruierten Gegenbild von der «Krise» Europas und dem ebenfalls gleichzeitig geäußerten Willen, die Situation durch den erhöhten Einsatz europäischer Mittel – eben durch «mehr Europa» – zu bewältigen, besteht daher ein systemischer Zusammenhang. Insofern besteht die Krise Europas in nichts anderem als in seinem Zusammenwachsen.

Wenngleich sich 25 Jahre nach dem Mauerfall schon längst eine neue «Epoche der Mitlebenden»¹ entfaltet hat, über die auch schon gesicherte zeithistorische Kenntnisse bestehen, so stellt sich dieses Buch durchaus auch den offenen Fragen, die sich einem endgültigen historischen Urteil entziehen. Wie verhält es sich etwa mit dem Stand der postkommunistischen Transformation? Ist die ökonomische Stabilisierung gelungen? Sind, wie in Ungarn, Rückfälle in

autoritäre Regierungsformen zu befürchten? Können die ostmittel- und südosteuropäischen Regionen wirtschaftlich und politisch zu ihren westlichen Nachbarn aufschließen und damit ihre 1989 eingeläutete «Rückkehr nach Europa» besiegeln? Wie steht es ferner mit dem Schicksal der sowjetischen Nachfolgestaaten? Entwickelt sich trotz aller Rückschläge eine zivilgesellschaftlich fundierte, demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung mit einer funktionierenden Marktwirtschaft? Oder etabliert sich hier ein eigenständiger, präsidential-autoritärer Typus, der, zumindest gemessen am westlichen Anspruch, langfristige demokratische und zivilgesellschaftliche Defizite aufweist? Wieweit reichen russische Versuche zur imperialen Rekonstruktion und geht von ihnen eine Gefahr für den Frieden in Europa aus? Schließlich die Gretchenfrage: Wie steht es um die europäische Integration? Wie sieht die Zukunft des Euro-Raumes aus? Kann Europa seine aktuelle Schulden- und Vertrauenskrise überwinden?

Ungeachtet solcher noch offener Fragen lassen sich die Hauptlinien der europäischen Geschichte seit 1989 in die Leitbegriffe Demokratisierung und Globalisierung fassen. Schon in den 1970er und 1980er Jahren ließ sich ein weltweit spürbarer Trend zu Demokratie und Freiheit beobachten. In Europa schüttelten Griechenland, Spanien und Portugal ihre autoritären Regime ab; in Lateinamerika kehrten die Militärdiktaturen in Argentinien und Chile zur Demokratie zurück. In Südafrika schaffte Präsident Frederik Willem de Klerk 1989/90 in einem aufsehenerregenden Schritt die Apartheid ab; und in Asien liberalisierte sich der schlafende Riese China unter Deng Xiaoping, wemgleich das Massaker auf dem Tiananmen-Platz am 5. Juni 1989 zu einem Menetekel kommunistischer Repression wurde. Die Umwälzung Osteuropas und der Übergang zur Demokratie in den meisten Ländern fügten sich offenkundig in diesen welthistorischen Entwicklungszusammenhang ein. Auch die Geschichte der europäischen Integration speiste sich im Übrigen aus diesem welthistorischen Kontext. Und seit 1989 hat sich die Europäische Union ihrerseits dafür verbürgt, den Prozess der Demokratisierung in ganz Europa zu fördern.

Praktisch gleichzeitig gewann mit der «Globalisierung» das nachhaltigste Schlagwort der 1990er und 2000er Jahre an Bedeutung. Dabei ist kaum ein anderes zeitgenössisches Thema ähnlich unterschiedlich, ja konträr bewertet worden. Geradezu messianischem Lobpreis stand nicht selten ein Verdammungsurteil entgegen, das praktisch alle Probleme des neuen Europa auf die Globalisierung zurückführte. Andere wiederum betrachteten die Globalisierung als ein bloßes Schlagwort, das sachlich nur wenig aussage, sich dafür aber umso besser als argumentatives Druckmittel eigne, um neoliberal definierte gesellschaftspolitische Interessen diskursiv durchzusetzen. Weit verbreitet ist schließlich die Auffassung, es handle sich bei der «Globalisierung» nicht um ein grundsätzlich neues Phänomen, sondern um eine Form weltweiter Verflechtung, wie sie historisch aus dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bekannt sei. Zwar sind alle Merkmale der Globalisierung – Intensivierung internationaler Arbeitsteilung, Expansion des Welthandels und der Auslandsproduktion, Ausdehnung der Kapitalinvestitionen und der Finanzmärkte, Grenzöffnungen und Migrationsbewegungen – nicht per se neu. Aber sie konvergierten im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in einer zuvor ungekannten Dynamik. So offenkundig die Parallelen daher auch sind, so spricht doch vieles dafür, die Geschichte der «zweiten» Globalisierung seit den 1980er Jahren als Zäsur zu betrachten.

So überschneiden sich in der jüngsten Geschichte Europas zwei Entwicklungsprozesse, die einer jeweils unterschiedlichen Chronologie folgen, sachlich aber doch eng miteinander zusammenhängen. Seit den späten 1970er Jahren nämlich entfaltet sich eine geschichtliche Epoche «nach dem Boom»². In ihr verflüssigten sich die Grenzen und eine immer dynamischer werdende Globalisierung ließ die meisten ökonomischen und soziokulturellen Gewissheiten der bürgerlichen Moderne, aber auch des kommunistischen Gegenentwurfs fraglich werden oder sogar verschwinden. Dieser Prozess prägte in Ost- wie Westeuropa in jeweils spezifischer Weise die 1980er Jahre, untertunnelte die Zäsur von 1989 und setzte neue, langfristig wirksame und tiefgreifende Umbrüche frei. Das große

politische Ereignis des Jahres 1989, die Befreiung der osteuropäischen Völker vom Kommunismus und ihre Demokratisierung, ist letztendlich in diese übergreifende Dynamik eingebettet, ja wahrscheinlich ist es schlicht deren Teil, auch wenn es einen eigenständigen, aus 40 Jahren kommunistischer Herrschaft gespeisten Geschehenszusammenhang besaß.

Der Blick auf die Entwicklung seit 1989 lehrt daher, dass der Weg von den vertrauten westeuropäischen Verhältnissen nunmehr in ein unübersichtlicheres, pluralisiertes, größeres und vor allem globalisiertes Europa geführt hat. Dies verweist auf die schon ältere Einsicht, dass Europa nichts Statisches ist. So wie die europäischen Nationen als «vorgestellte Gemeinschaften»³ entstanden sind, so wandelt sich auch die Vorstellung davon, was Europa sei. Europa ist keine Substanz, die gleichsam objektiv vorgegeben ist. Vielmehr erfindet sich Europa immer wieder neu und erscheint als ein Raum, dessen Außengrenzen historisch ebenso wandelbar sind wie die Mechanismen seiner Binnenintegration. Überdies wird Europa seit 1989 mehr als jemals zuvor zur «Provinz» innerhalb eines größeren Ganzen, das heißt eines globalen Wirtschaftsraums oder auch einer «Weltgesellschaft», die ihre eigenen Bewegungsgesetze hervorbringen.

Europa ist ein Geschichtsraum mit einem Überschuss an Bedeutungs- und Sinnzuschreibung. Im Zeitalter globaler Vernetzung verändern sich räumliche Vorstellungen; sie verflüssigen sich und formen sich neu. So war auch der osteuropäische Raum nach dem Fall des Kommunismus fluide geworden und überhaupt erst wiederzuentdecken. Räumliche Zuschreibungen wie «Mitteleuropa» oder «Ostmitteleuropa» erfuhren eine Renaissance und in der sprachlichen Formulierung bildeten sich alte und neue Abgrenzungen – etwa gegenüber «Ost»- oder «Südosteuropa» – und neu konstruierte *mental maps* ab. Hieraus ergibt sich, dass es im Folgenden weder um eine enzyklopädische Übersicht noch um die Addition einzelner Ländergeschichten gehen kann. Vielmehr geht es um eine problemorientierte Gegenwartsgeschichte Europas. Deren Leitfragen ergeben sich aus den Konstellationen der Gegenwart, die zwar

einerseits stets gemeineuropäischen Charakter aufweisen, sich andererseits aber in jeweils konkreten Räumen unterschiedlich verdichten. So ist zwar die Geschichte des Zusammenbruchs des Kommunismus selbstverständlich zunächst ein Thema der ost(mittel)-europäischen Geschichte; aber sowohl die Ursachen wie die Folgen dieses Zusammenbruchs, schließlich auch die Transformation der postkommunistischen Staaten lassen sich nicht räumlich begrenzen, sondern beeinflussen den Kontinent in seiner Gesamtheit. Analoges gilt für die Desintegration Jugoslawiens und die jugoslawischen Nachfolgekriege sowie für die 2014 aufgebrochene russisch-ukrainische Krise. Auch hier bestimmen der Trend zur europäischen Konvergenz und die hieraus erwachsende Krise die Spannung unserer Gegenwart.

I. Europa im Umbruch

/a/ Im Beginn der 1980er Jahre türmten sich im Westen des Kontinents die Probleme, und in Bezug auf die Zukunft überwog die Skepsis. Vielen schien es, als bewege sich seine Geschichte in einer Krisenspirale, aus der kein Ausweg mehr führte. Die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion, deren atomare Rüstungsoffensive und der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 zerstörten die Blümenträume der Entspannung. Mehr denn je schien Europa zerrissen durch den Ost-West-Gegensatz, der sich zu einem neuen «Kalten Krieg» zu vertiefen begann. Das transatlantische Verhältnis litt zunächst unter amerikanischer Schwäche während der Regierungszeit Jimmy Carters, dann, seit 1981, unter zunehmendem Vertrauensverlust, als deutlich wurde, wie sehr Carters Nachfolger, Ronald Reagan, auch ohne die Europäer neue militärische und politische Stärke anstrebte.

Wirtschaftlich hinterließen der Konjunkturerinbruch des Jahres 1975 und die Weltwirtschaftskrise von 1979 bis 1982 tiefe Spuren in den europäischen Ökonomien. Hohen Inflationsraten standen Nullwachstum, negative Leistungsbilanzen, steigende Haushaltsdefizite sowie ein dramatischer Anstieg der Erwerbslosenquoten gegenüber – auf durchschnittlich 10,6 Prozent im Jahre 1983. Begleitet wurde die Wirtschaftskrise von der Sorge um die Umwelt: Horrorszenarien von vergifteten Flüssen, sterbenden Wäldern und verunreinigter Luft wurden gezeichnet. Umso deutlicher schienen sich die «Grenzen des Wachstums»¹ abzuzeichnen – obwohl doch Wirtschaftswachstum eigentlich dringend erforderlich war, um den europäischen Wohlstand zu sichern.

Und die Europäische Gemeinschaft? Deren Mitgliedsstaaten fanden keinen gemeinsamen Nenner. Regelmäßig verstrickten sich die

neun Staats- und Regierungschefs in einen kleinlichen Streit über die gemeinsame Agrarpolitik. «Euroskleros» lautete das Stichwort der Stunde.

Zugleich machten sich die sozialen und kulturellen Folgen der vorausgegangenen Epoche bemerkbar. Denn die «goldenen Jahre» des Nachkriegsbooms hatten aus sich selbst heraus neue Deutungsmuster, Mentalitäten und Lebensformen hervorgebracht. Seit den 1970er Jahren vervielfältigten sich die Möglichkeiten des Individuums, sein eigenes Leben zu gestalten. Der für die Moderne insgesamt charakteristische Basisprozess der «Individualisierung», das heißt die fortschreitende Herauslösung des Einzelnen aus rechtlichen und sozio-kulturell normierten Sozialbezügen, beschleunigte sich noch einmal erheblich. Die Urbanisierung und die in Westeuropa überall etablierte Konsumgesellschaft hatten das «System der Bedürfnisse» verändert und die Prioritäten der Menschen verschoben. Tief verwurzelte soziale Standards, die in der bürgerlichen Moderne als Orientierungsmarken dienten, begannen zu erodieren. Insbesondere wurde die dominierende Ordnung der Geschlechter nachhaltig in Frage gestellt. Die neue Frauenbewegung pochte auf Emanzipation, während sich zugleich die Arbeitswelt veränderte und die Zahl der erwerbstätigen Frauen deutlich anstieg. Umso weniger selbstverständlich wurde es, dass sich die individuellen Lebensläufe in das lang tradierte Modell des männlichen Alleinverdieners und der Hausfrauenehe einfügten.

Dementsprechend stieg das durchschnittliche Heiratsalter ebenso an wie die Zahl der Ehescheidungen, der Alleinerziehenden, der Ledigen, der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und der Einpersonenhaushalte. Lebensformen «pluralisierten» sich in bis dahin unbekannter Weise und erzeugten doch zugleich eine neue Form des Entscheidungsdrucks. Denn aus der neuen Freiheit entstanden neue Risiken, und tatsächlich bedeutet Individualisierung ja keineswegs nur Freiheitsgewinn und Emanzipation, sondern auch die Freisetzung aus tradierten Versorgungssicherheiten.

Kein Wunder, dass sich die Politik schon in den 1980er, erst recht

aber in den 1990er Jahren vor ganz neue Herausforderungen gestellt sah. Tatsächlich waren die Regierungen der westlichen Staaten mit einer Art Zangenbewegung konfrontiert: Auf der einen Seite mussten sie die sozialen und fiskalischen Rückwirkungen des Strukturwandels und zunehmend auch der Globalisierung bewältigen. Auf der anderen Seite aber machten sich die politischen Folgen des sozio-kulturellen Wandels seit den 1960er Jahren bemerkbar. Arbeitslosigkeit und chronische Staatsverschuldung, Geburtenrückgang und Individualisierung der Lebensstile veränderten dauerhaft die Tagesordnung und zunehmend auch die Form demokratischer Politik.

Die größte Herausforderung betraf den Sozialstaat, der seit den 1980er Jahren permanent zur Disposition stand. Tatsächlich waren ein erheblicher Teil der innenpolitischen Kontroversen im Kern sozialpolitische Debatten, in denen sich die Konsequenzen des Strukturwandels ausdrückten. So bestand über die gesamten 1990er und 2000er Jahre eine hohe, strukturell bedingte Sockelarbeitslosigkeit fort. Sie war überwiegend dem Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geschuldet, konkret zwischen den Kenntnissen freigesetzter Industriearbeiter und den steigenden Kompetenzanforderungen der neuen Dienstleistungsbranchen. Ferner bestand ein gemeinsames Interesse der Unternehmer und der Regierungen, ältere, als unflexibel geltende Industriearbeiter mittels Frühverrentung aus dem Arbeitsmarkt zu nehmen. Zugleich wurden die Arbeitszeiten flexibilisiert, was es den Unternehmen ermöglichte, ihre Produktion den jeweiligen konjunkturellen Rahmenbedingungen anzupassen. Flankierend hierzu legten Wirtschaft und Politik gesteigerten Wert auf die Güte der Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte. Insbesondere wurde die Idee eines «lebenslangen Lernens» propagiert, das die Arbeitsmarktchancen des Einzelnen erhöhen und ihn zugleich in die Lage versetzen sollte, sich in seinem Arbeitsleben für mehrere Berufstätigkeiten zu qualifizieren. Diese Aussicht auf erhöhte Job-Mobilität implizierte freilich zugleich eine deutlich geringere Arbeitsplatzsicherheit. So begannen sich denn auch häufigere Wechsel des Arbeitsplatzes,

Zeitarbeit und unbezahlte Praktika vor allem in den boomenden Dienstleistungsbranchen zunehmend zu verbreiten.

Im östlichen Teil Europas schien das kommunistische System die Menschen vor solchen Herausforderungen zu schützen. In der Diktatur, die sich immer als «heile Welt» ausgab, existierte offiziell keine Arbeitslosigkeit, höchstens chronische Unterbeschäftigung. Zwar unterzog die Staatsmacht den einzelnen einer Kontrolle «von der Wiege bis zur Bahre». Aber der diktatorische Alltag ließ durchaus Nischen für das kleine private Glück bestehen; auch die Familienplanung schien insofern leichter als in Westeuropa zu sein, als der sozialistische Staat die Berufstätigkeit der Frauen förderte und Kinderkrippen bereitstellte. Die männliche Erwerbsbiographie war durch ein zwar unproduktives, aber politisch rückversichertes Industriesystem geschützt.

Zum Hauptproblem der kommunistischen Regime wurde allerdings im Verlauf der 1980er Jahre ihre finanzielle und ökonomische Lage. War zum Beispiel in der DDR während der 1970er Jahre die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern noch notdürftig durch den fremdfinanzierten Import westlicher Waren kompensiert worden, so führte dies seit dem Ende der Dekade in eine nicht mehr aufzuhaltende Schuldenspirale. Aber der aussichtslose Rückstand, in den die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft gegenüber dem Westen geraten war, traf auf wachsende Bedürfnisse der Bevölkerung.

Hinzu trat in den meisten Staaten des Warschauer Paktes die Forderung nach politischer Selbstbestimmung. In Polen ließ sich die oppositionelle Gewerkschaft *Solidarność*, in der Tschechoslowakei die Bürgerrechtsbewegung der *Charta 77* auch durch Haftstrafen nicht einschüchtern. Tatsächlich stand die kommunistische Herrschaft in den osteuropäischen Ländern nicht nur auf tönernen Füßen, sondern auch auf den Bajonetten der Roten Armee. Allerdings hätte dieser prekäre Zustand wohl noch lange Zeit andauern können, denn die notwendige Voraussetzung für das Ende des Kommunismus war der Wandel in der Machtzentrale. Erst als in Moskau lang tradierte Gewissheiten der kommunistischen Welt zur

Disposition gestellt wurden, konnte die Selbstbefreiung des östlichen Teils Europas beginnen.

1. Zusammenbruch und Erbe des Kommunismus

Für die meisten Zeitgenossen kam der Zusammenbruch des Kommunismus im Jahre 1989 völlig überraschend. Binnen kurzem stürzte ein plötzliches, revolutionäres Geschehen gleichsam «ewige» Sicherheiten um und beschleunigte die europäische Geschichte wie seit 1945 nicht mehr. Kaum wussten die Menschen in Ost wie West, wie ihnen geschah, und das momentane Glücksgefühl von gelungener Revolution, politischer Befreiung und europäischem Aufbruch erhielt die Aura des Wunderbaren. Für einen Augenblick zumindest schien das Unvorhersehbare auch unerklärlich zu sein. Im Rückblick allerdings stellt sich das Ende des Kommunismus als durchaus erklärbarer Vorgang dar. Bei genauerem Hinsehen erscheint der Umbruch von 1989 weitaus weniger überraschend, als er von den Zeitgenossen empfunden wurde.

Denn sehr viel mehr noch als der Westen hatten die Staaten des Warschauer Paktes seit den 1970er Jahren mit schweren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Tatsächlich gingen die kommunistischen Parteidiktaturen ohne jede Chance in den weltweiten Wettlauf um technologischen Fortschritt und Produktivitätsziffern. Immer schmerzlicher erkannte man in Moskau, dass die Staaten des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) der Forschungs- und Technologieoffensive des Westens, die auf Mikroelektronik, Laser- und Satellitentechnik setzte, nicht gewachsen waren. Tatsächlich steuerten die Sowjetunion und mit ihr die Warschauer Pakt-Staaten Mitte der 1980er Jahre auf ein ökonomisches Desaster zu.

Diese wirtschaftliche, politische und moralische Krise der Sowjetunion und ihres Imperiums stellte jene Kulisse, vor der Michail Gorbatschow die Bühne betrat. Am 15. März 1985 in das Amt des Parteichefs gewählt, verkörperte er binnen kurzem und für das Publikum völlig überraschend eine «historische Größe», mit der am

Ende des 20. Jahrhunderts niemand mehr gerechnet hatte. Freilich tat er dies als ein unentwegt Getriebener: zunächst getrieben von dem dramatischen ökonomischen Niedergang, der aus sowjetischer Sicht eine rüstungspolitische Entlastung ebenso zwingend erforderlich machte wie er eine Politik der inneren Reform erheischte. Je länger desto mehr wurde Gorbatschow aber auch von den Erwartungen getrieben, die seine eigenen Reformankündigungen im In- und Ausland erweckten. Am Ende trieb ihn schließlich auch der schiere Mangel an innen- und vor allem wirtschaftspolitischen Erfolgen. Dieser Mangel ließ Gorbatschow immer wieder die Bühne der internationalen Politik suchen, auf der er in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zum unbestrittenen Star avancierte.

Gorbatschow und seine Berater wollten mit ihrem «neuen Denken» die verkrusteten Vorstellungen im kommunistischen Lager aufbrechen. Umgehend eröffnete der neue Parteichef eine rhetorische Reformoffensive, wie man sie von einem sowjetischen Führer noch niemals zuvor vernommen hatte. Der Sowjetunion verordnete er Wirtschaftsreformen, politisch insistierte er auf Offenheit (*Glasnost*) und Umbau (*Perestroika*). Außenpolitisch beflügelte das ältere, von Gorbatschow wiederbelebte Wort vom «gemeinsamen europäischen Haus» die Phantasie. Und mit den USA begann Gorbatschow einen umfassenden Abrüstungsdialog.

Vor allem aber rückte Gorbatschow allmählich von der sogenannten «Breschnew-Doktrin» ab. Mit ihr verband sich die Vorstellung einer begrenzten Souveränität sozialistischer Länder, was de facto einen Anspruch der Sowjetunion auf militärische Intervention begründete. Und noch 1980 war es lange Zeit ungewiss geblieben, ob sowjetische Panzer nicht doch noch einmal, wie 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei, mobilisiert werden würden, um in Polen einzurücken und die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* zu zerschlagen. Gorbatschow aber betonte schon auf einer internen Beratung der Partei- und Staatschefs der Warschauer Pakt-Staaten am 10./11. November 1986 die Selbständigkeit jeder Partei und hob ihr Recht zur souveränen Entscheidung über die Entwicklungsprobleme ihres Landes hervor.

Für einen Sowjetführer waren das schlicht sensationelle Worte, die Gorbatschow zwei Jahre später vor der Weltöffentlichkeit noch einmal zuspitzte. In seiner großen Rede vor der UNO-Vollversammlung am 7. Dezember 1988 beteuerte er «die Verbindlichkeit des Prinzips *der freien Wahl*»². Dieses sei ein unbestreitbares Recht der Völker und «ein allgemeingültiges Prinzip, das keine Ausnahmen kennen soll».

Dieses allmähliche Abrücken von der Breschnew-Doktrin förderte zunächst die Phantasie, erweckte sodann konkrete Hoffnungen und entfaltete am Ende eine ungeheure Sprengkraft. Auch im Hinblick auf die deutsche Frage beflügelte Gorbatschow mehr als einmal die Phantasie, so etwa wenn er sich mit dunklen Hinweisen auf «die» Geschichte zur Zukunft der deutschen Frage äußerte. Zwar wurde der sowjetische Parteichef – das ist unstrittig – von den Ereignissen in Deutschland nach dem 9. November 1989 überrascht, ja sogar überrumpelt. Aber er blieb konsequent bei seiner Linie. Sein ganzes Handeln in der Krise von 1989/90 zeugte von der Bereitschaft Gorbatschows, auch weitgehende Veränderungen zu akzeptieren.

In der Sowjetunion selbst dagegen fand er nur geringe Resonanz. Vor allem die Wirtschaftsreformen zeigten zu wenig Wirkung, um Gorbatschow innenpolitische Popularität zu verleihen. Überdies verübelten es ihm seine Gegner, dass er auch dann nicht von seiner außenpolitischen Linie abwich, als sie das sowjetische Imperium zu gefährden begann. Insofern blieb am Ende eine fast tragisch zu nennende Ambivalenz: In aller Welt gefeiert als der Sowjetführer, der den Kalten Krieg beendete und ganz Europa einen neuen Aufbruch in die Geschichte ermöglichte, blieb Gorbatschow doch zu Hause im Morast der Probleme stecken.

[...]

Mehr Informationen zu [diesem](#) und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de